

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Stephan Bothe (AfD)

**Einrichtung einer Kinderschutzkommission des Landespräventionsrats**

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 09.09.2019

Nach Medienberichten sowie der Stellungnahme des Landespräventionsrates für die Anhörung im Sozialausschuss zum Antrag der AfD-Fraktion „Lüge darf sich nicht wiederholen - Kinderschutzkommission einrichten“ (Drucksache 18/3643) wurde mitgeteilt, dass die Landtagsfraktionen von SPD und CDU den Landespräventionsrat gebeten haben, eine Kinderschutzkommission einzurichten.

1. Kraft welcher Rechtsgrundlage können Landtagsfraktionen an den Landespräventionsrat herantreten, um diesen aufzufordern, Kommissionen einzurichten?
2. Hinsichtlich der Strukturierung bzw. Zusammensetzung der Kinderschutzkommission des Landespräventionsrats:
  - 2 a) Wie wird der Landespräventionsrat die Kinderschutzkommission nach Kenntnis der Landesregierung strukturieren?
  - 2 b) Wer wird nach Kenntnis der Landesregierung dieser Kommission angehören?
  - 2 c) Wer wird die Kommission nach Kenntnis der Landesregierung leiten?
  - 2 d) Welche Experten werden die Kommission nach Kenntnis der Landesregierung begleiten?
  - 2 e) Nach welchen Kriterien werden die Teilnehmer der Kommission ausgesucht?
3. Wie hoch sind die zu erwartenden Kosten für die Einsetzung der Kinderschutzkommission, und aus welchen Haushaltsmitteln werden sie finanziert?
4. Falls eine statistische Erfassung im Sinne der Fragestellungen nicht erhoben wird oder die Landesregierung Fragen nicht beantworten kann: Welche Gründe gibt es hierfür?
5. Welche Aufgaben soll die Kinderschutzkommission erhalten?
6. Für welche Dauer soll die Kinderschutzkommission eingerichtet werden?
7. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass die die Landtagsfraktionen der CDU und der SPD eine Kinderschutzkommission beim Landespräventionsrat einrichten wollen, obwohl vor der ersten Unternehmung hierzu bekannt war, dass sich der Sozialausschuss mit diesem Thema befassen wird und hier noch zahlreiche Anhörungen zu erwarten waren? Ist ein solches Vorgehen nach Ansicht der Landesregierung zielführend, parlamentarischer Sitte entsprechend und/oder effektiv?
8. War die Landesregierung vom Vorgehen der Landtagsfraktionen der CDU und der SPD vorab informiert? Hat die Landesregierung das Vorgehen unterstützt? In welcher Weise war die Landesregierung in das Vorgehen von CDU und SPD involviert?

(Verteilt am 12.09.2019)